

Joachim Braun/Julia Elwing/Werner Rätz:

**Rente statt Rendite!**

Eine solidarische und armutsfeste Alterssicherung ist möglich

VSA Verlag, 96 Seiten, EUR 8.50

ISBN 978-3-96488-243-1

AttacBasisTexte 63



Joachim Braun/Julia Elwing/Werner Rätz

**Rente statt Rendite!**

Eine solidarische und armutsfeste  
Alterssicherung ist möglich

VSA:



# Rente statt Rendite: Inhalt

- 1. Sozialpolitische Relevanz der Entwicklung bei den Renten**
- 2. Das deutsche Rentensystem:** gesetzliche Renten – Betriebsrenten – Riesterrente
- 3. Renten und Kapitalmärkte:** Das Alter einer Gesellschaft – (Um-)Verteilung – Finanzmarktakteure – Historische und systematische Zusammenhänge – »Ansparrente« – Privatisierung und Alternativen
- 4. Rentenmythen:** Renten als Sparobjekt – Medien – Demografie – wirtschaftlich Mythen – Pensionen
- 5. Stabilisierung der gesetzlichen Rente:** Bezahlbarkeit – notwendige Maßnahmen
- 6. Privatrenten:** Aktienrente – Generationenkapital – demografischer Wandel – Rendite Umlage – Kapitaldeckung – Rendite Kapitalmarkt – Entsolidarisierung – Umlageverfahren – Produktivitätssteigerung
- 7. Ein Blick in die Rentensysteme europäischer Nachbarländer:** Österreich – Niederlande – Schweiz – Gesamtschau
- 8. Vorschlag für ein solidarisches und armutsfestes Rentensystem:** Basisrente – Einkommensabhängige Berufsversicherung

# Gesetzliche Rentenversicherung

- Versicherungspflicht
- Äquivalenzprinzip
- Paritätsprinzip
- Generationenvertrag
- Umlageverfahren

# Rentenmythen

- Das Rentensystem weckt mit seinem großen finanziellen Umfang entsprechende Begehrlichkeiten: „Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar.“ (Friedrich Merz)

## Wo soll das Geld stattdessen hin?

- Militär
- Industriesubventionen
- Finanzmärkte
- (Viele) Medien folgen dem negativen Diskurs über die Renten und verstärken ihn: „Renten-Verrat: Experte schlägt Alarm – Alte leben auf Kosten der Jungen – ohne Reform droht 'Finanzschock'“ (merkur.de)
  - Das Rentensystem hat eine eigene, nicht marktförmige Logik: Es fehlt das Wissen
  - Wirtschaftsjournalisten sind (oft) ökonomische Ideologen
  - Medien und Journalist\*innen haben und bedienen politische Interessen

# Journalismus

„Für die 3500 Euro, die eine vierköpfige Familie in München an Bürgergeld und anderen Hilfen erhält, muss eine Friseurin oder ein Tankwart lange arbeiten.“

Antje Höning, GA Bonn, 6.3.2026

Schon jetzt fließen dreißig Prozent des Bundeshaushalts in die staatliche Rentenversicherung. Wenn es so weitergehe, würden "auf Dauer mehr als fünfzig Prozent" des Bundesbudgets für Zuschüsse zur Rentenversicherung fällig. Das erscheint nicht bezahlbar. Umso wichtiger sind privates Sparen fürs Alter und Betriebsrenten.

Fidelity international auf tagesschau.de, 8.3.2026

# Journalismus

Deutschlands Bevölkerung wird in den nächsten Jahren deutlich stärker schrumpfen als bisher gedacht. Das ist das Ergebnis einer Analyse aktueller Daten des Statistischen Bundesamtes durch das Dresdener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung. Demnach werden im Jahr 2070 voraussichtlich 10 Prozent weniger Menschen in Deutschland leben als derzeit. Bisherige Annahmen waren von einem Rückgang um ein Prozent ausgegangen.

dpa-Meldung/nd 18.2.2016

# Demografische Mythen

- Rentenbezugszeiten werden immer länger
- Wir werden alle immer älter
- Immer weniger Junge müssen die Alten finanzieren
- Der Altenquotient steigt
- Demografische Prognosen

# Wirtschaftliche Mythen

- Renten müssen durch Steuern aufgestockt werden
- Alte leben auf Kosten der Jungen
- Wenige Stellschrauben
- Renten belasten die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft
- Rentengeschenke („Rente mit 63“) sind zu teuer



# Rente statt Rendite

## Mythos 4: Der Altenquotient steigt stetig an

Entwicklung der Anzahl von Rentenbezieher- und Arbeitnehmer\*innen:

	2013	2023
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,6 Mio.	34,71 Mio.
Altersrenten	17,7 Mio.	18,6 Mio.
Quotient (Beitragszahler pro Rentner)	1,67	1,86

# »Belastungs«-Quotienten und deren Entwicklung

- 2005 bis 2050 -

+ 90%

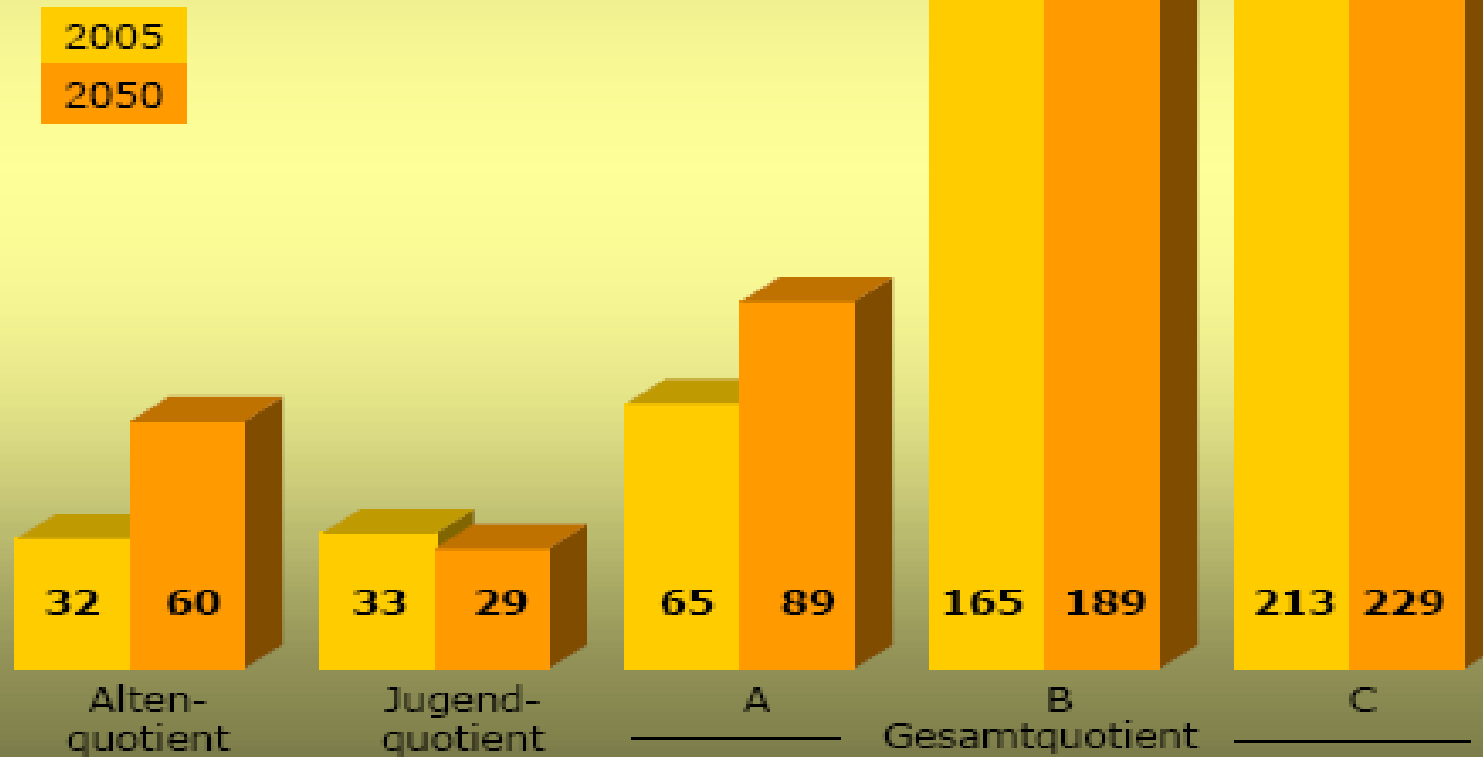
- 11%

+ 38%

+ 15%

+ 8%

Veränderung





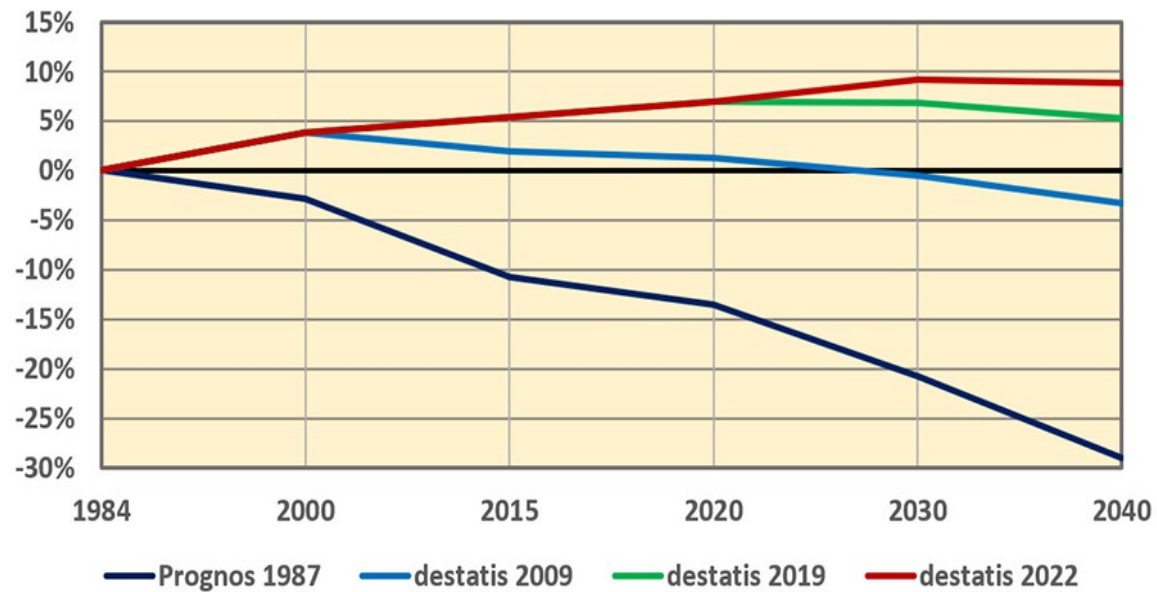
# Rente statt Rendite

## Mythos 5:

### „Demographische Prognosen“

#### Bevölkerungsprognosen - 1987 - 2009 - 2019 - 2022

Basisjahr 1984 (78 Millionen Einwohner), Änderungen in %





# Rente statt Rendite

## Mythos 6:

### Renten müssen durch immer mehr Steuern aufgestockt werden

„*STEUER-ZUSCHUSS EXPLODIERT!*“ (Bild)

	2009	2023
Entwicklung BIP	2,5 Bill.	4,18 Billionen
Steuerzuschüsse für Renten	80 Milliarden	112 Milliarden
Steuerzuschüsse als Anteil am BIP in Prozent	3,2	2,68
Gesamtausgaben Renten in Prozent des BIP	10,1	9
Volumen Bundeshaushalt	290 Milliarden	457,1 Milliarden
Anteil Rentenzuschuss am Bundeshaushalt in Prozent	27,6	24,5

# Umlagefinanzierung

2016



2041



2066



# Stellschrauben

- Diskutierte Vorschläge
  - Beiträge steigen
  - Eintrittsalter steigt
  - Bundeszuschuss steigt
  - Niveau sinkt
- Sinnvolle Maßnahmen
  - Arbeitseinkommen erhöhen
  - Steuergerechtigkeit herstellen
  - Pensionen einbeziehen
  - Alle Einkommen verbeitragen (Bürger\*innenversicherung)

# Nachbarländer

- Österreich

hat das duale System von Rente und Pension abgeschafft und erhebt von den Arbeitgeber\*innen einen höheren Beitragssatz

- Niederlande

haben innerhalb des gesetzlichen Systems eine eigene Säule für eine Mindestrente

- Schweiz

hat eine Pflichtversicherung für alle Bewohner\*innen, die Beiträge auf sämtliche Einkommen erhebt und gesockelt und gedeckelt ist

# **Bürger\*innenversicherung**

**Grundsatz: alles für alle von allem**

- alle Leistungen
- für alle Personen
- von allen Einkommen
- zur Hälfte aus den Gewinnen
- von den Versicherten selbstverwaltet

# Sieben Einkunftsarten

- Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
- Einkünfte aus Gewerbebetrieb
- Einkünfte aus selbständiger Arbeit
- Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit
- Einkünfte aus Kapitalvermögen
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
- Sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG

Renten GRV, sonstige Renten, Altersvorsorgeverträge, Unterhaltsleistungen, Diäten, Veräußerungsgeschäfte incl. Kryptowährungen und Immobilien (Freigrenze 1000 €)

## 5 Wie können wir den Sozialstaat gerecht gestalten?

Die bisherigen Versicherungen sollten durch *eine* Versicherung abgelöst werden, in die *alle* Einwohner\*innen einzahlen und die sie individuell absichert. Zur Finanzierung sollten *alle* Einkünfte – also insbesondere auch Kapitaleinkünfte (Dividenden, Mieten, ...) – herangezogen werden und Beitragsbemessungsgrenzen (siehe 2) entfallen, sodass alle ihrem Einkommen entsprechend gleich belastet werden.

Die Versicherung umfasst die allgemeinen Sozialleistungen, die allen Menschen in gleichem Umfang bzw. gleicher Höhe zustehen (Rente, Krankenversicherung, Pflege) und bildet somit ein Basissozialsystem.

Daneben tritt – wie bisher – eine paritätisch finanzierte Berufsversicherung für Lohnersatzleistungen über dem Basisniveau, deren Beiträge und Leistungen nach wie vor von der Einkommenshöhe abhängen.

Zudem müssen Diskriminierungen und Benachteiligungen im Erwerbsleben (z. B. Gender-Pay-Gap) aufgehoben bzw. durch spezielle Maßnahmen ausgeglichen werden.

### Eine Versicherung für alle von allem!

Weitere Infos unter:  
[attac.de/sozialversicherung](http://attac.de/sozialversicherung)



## Den Sozialstaat gerecht gestalten!



Wir können uns einen guten Sozialstaat leisten. Und wir sollten dies tun, denn er ist kein „Wachstumshemmnis“, sondern eine große und mühsam erkämpfte soziale Errungenschaft. Ein guter und gerechter Sozialstaat ist für den sozialen Frieden und eine funktionsfähige Demokratie unabdingbar, wie auch ein Blick in andere Länder zeigt. Gesamtgesellschaftliche Krisenfestigkeit und Stabilität zahlen sich auch wirtschaftlich aus.

## 1 Ist der Sozialstaat noch bezahlbar?

Eine gute soziale Absicherung für alle ist weiterhin möglich und bezahlbar. Sie ist in Zeiten steigender Alters- und Kinderarmut sowie anwachsender weltweiter Krisen sogar notwendiger denn je. Doch stattdessen kommen Regierungen in Bund, Ländern und Kommunen mit Sparzwängen und Bürokratieabbau und behaupten, die Sozialausgaben „explodieren“.

Fakt ist jedoch: Die Sozialleistungsquote, also das Verhältnis der Sozialausgaben zur Wirtschaftsleistung eines Landes (BIP), ist nur leicht angestiegen. Im Vergleich zu anderen entwickelten OECD-Ländern liegt sie im Mittelfeld. Es gibt also keine „Kostenexplosion“ im Bereich der Sozialausgaben.

Dazu kommt: Deutschland ist trotz geringer Wachstumsraten nach wie vor eines der wirtschaftlich leistungsfähigsten Länder der Welt mit einem im internationalen Vergleich enormen Außenhandelsüberschuss – und einem sehr hohen privaten Gesamtvermögen.

## 2 Worin genau besteht die „Krise des Sozialstaats“?

Entgegen der in den Medien oft verbreiteten Aussage ist nicht der demografische Wandel das zentrale Problem (siehe 3), sondern folgende Punkte:

- An der Finanzierung des Sozialstaats in seiner jetzigen Form sind nur die Einkommen aus unselbständiger Erwerbsarbeit beteiligt – und auch die nur bis zu einer gewissen Höhe (Beitragsbemessungsgrenze).
- Eine lebenslange Beschäftigung und damit eine konstante Einzahlung in die Sozialversicherungen ist mittlerweile immer weniger der Regelfall. Die starke Zunahme unsicherer und kurzfristiger Beschäftigungsverhältnisse hat insgesamt deutlich sinkende Einnahmen der Sozialkassen zur Folge. Diese Tendenz wird v. a. auch dadurch verstärkt, dass die Löhne in den letzten Jahrzehnten im Verhältnis zur wirtschaftlichen Produktivität nur sehr wenig gestiegen sind. Von den erwirtschafteten Gewinnen profitieren vor allem Beziehende von Kapitalerträgen.
- Eine große Belastung für die Sozialkassen sind zudem die sog. versicherungsfremden Leistungen (siehe 4).

## 3 Welche Rolle spielt der demografische Faktor?

Der demografische Faktor wird in der öffentlichen Diskussion oft auf unsachliche Weise überbetont. Es ist zwar richtig, dass die Sozialkassen in den letzten Jahrzehnten durch eine zunehmende Alterung der Gesellschaft und den damit einhergehenden Rentenzahlungen sowie Gesundheits- und Pflegeleistungen stärker belastet worden sind. Trotzdem ist die Sozialleistungsquote (siehe 1) nicht rasant gestiegen. Außerdem zeigen aktuelle Studien, dass die Gesellschaft insgesamt nicht mehr weiter altert, die Lebenserwartung stagniert.

Zudem wirkt die Zuwanderung jüngerer Menschen einer Überalterung entgegen. In den letzten Jahren ist die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter sogar stärker gestiegen als die Zahl der Rentner\*innen, sodass immer mehr Arbeitnehmer\*innen die Rente schultern. Wenn die Zuwanderung nicht durch eine migrationsfeindliche Politik zum Erliegen gebracht wird, könnte man die Anzahl der Beitragszahler\*innen in die Sozialsysteme stabilisieren.

## 4 Was sind versicherungsfremde Leistungen?

Eine Reihe von Aufgaben und Leistungen, die eigentlich gesamtgesellschaftliche Aufgaben darstellen, wird über die Sozialbeiträge teilweise nur von der Gruppe der Sozialversicherten bezahlt.

Wichtige versicherungsfremde Leistungen sind beispielsweise die vom Bundestag beschlossene Aufwertung von DDR-Renten sowie die sogenannte „Mütterrente“.

Die dafür geleisteten Zahlungen aus dem Bundeshaushalt sind daher keine Zuschüsse zur Finanzierung der Rentenleistungen, sondern Ausgleichszahlungen für die versicherungsfremden Leistungen, die aber bei weitem nicht ausreichend sind. Laut Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung beläuft sich der fehlende Betrag allein bei der Rentenversicherung auf knapp 40 Milliarden Euro. Dieser wird daher allein durch die Beiträge der Versicherten finanziert, anstatt von der gesamten Gesellschaft über Steuern.